



«Wir brauchen in der EU eine ehrliche Diskussion über die Mitgliedschaft der Türkei.»

Angela Merkel, Parteichefin der CDU und Kandidatin fürs Kanzleramt in Deutschland

«Dieses Ergebnis ist etwas, das die französische Öffentlichkeit betrifft... nicht die Türkei. In der EU wechseln die Regierungen ständig, Parteien kommen und gehen.»

Abdullah Gül, türkischer Aussenminister

«Ich fühle mich wie der Vater eines ungeborenen Kindes.»

Giuliano Amato, linker Ex-Premier Italiens und einst Vizepräsident des EU-Konvents



«Die Haltung der EU-Bürokraten, dass alle 25 Mitgliedsländer die Verfassung gleich in der ersten Runde ratifizieren müssen, war ein enormer Fehler. Das Ergebnis in Frankreich ist keine Überraschung, aber es macht mich traurig.»

Jiri Paroubek, tschechischer Premierminister

«Aufrüttelnder Weckruf birgt Chancen»

Der deutsche Politologe Werner Weidenfeld beklagt bei den politischen Eliten Europas ein generelles Führungs- und Überzeugungsdefizit.

Mit Werner Weidenfeld* sprach Stefan Hostettler

Haben die französischen Wählerinnen und Wähler die EU irreparabel geschädigt?

Es ist natürlich ein Desaster. Aber sie haben vorerst einmal nur das Verfassungsprojekt aufgehalten. Man kann eine historische Parallele ziehen zu 1954, als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Europäische Politische Gemeinschaft in der französischen Nationalversammlung scheiterten. Darauf folgte der grosse Aufbruch, der zu den Römern Verträgen mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) führte. Ein aufrüttelnder Weckruf birgt also durchaus auch Chancen. Aber harmonischer und effektiver wäre es natürlich gewesen, die Verfassung zu bejahen.

Aus Respekt für die anderen Mitgliedstaaten soll der Ratifizierungsprozess fortgesetzt werden. Macht es noch Sinn, wenn am Mittwoch in den Niederlanden über eine Verfassung abgestimmt wird, die in dieser Form nie in Kraft treten wird?

Das kann man noch nicht abschliessend sagen. Natürlich ist das Nein in Frankreich keine Motivationspritze für die Niederlande. Zunächst soll der Ratifizierungsprozess aber einfach weitergehen. Der Vertrag sieht vor, dass sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs erst damit befasst, wenn nicht alle Mitgliedstaaten innerhalb zweier Jahren ratifiziert haben. Aber man muss gleichzeitig über Alternativen nachdenken. Die EU muss sich fragen, ob sie das Ziel der Verfassung nicht auf anderem Weg erreichen kann.

Wie wäre das möglich?

Grosse Teilausschnitte der Verfassung könnten in Einzelverträge umgegossen werden, die keiner grossen Ratifizierung bedürfen. Wenn die EU einen Vertrag verbietet, um einen europäischen Aus-

senminister einzuführen, kommt niemand auf die Idee, deswegen eine Volksabstimmung durchzuführen.

Neuverhandlungen zur Verfassung, wie sie viele linke Verfassungsgegner in Frankreich wünschen, schliessen Sie aus?

Das halte ich für unwahrscheinlich, weil man im französischen Votum überhaupt keine spezifische Speerspitze für einen ganz konkreten europapolitischen Anlass ausmachen kann. Was den Franzosen europapolitisch nicht behagt hat, nämlich die Einwirkungsmöglichkeiten Brüssels auf den französischen Markt oder die reduzierte Schutzfunktion des französischen

Staates, ist in früheren EU-Verträgen längst geregelt. Mit der Verfassung hat das gar nichts mehr zu tun. Man kann nicht wie beim irischen Nein zum Nizza-Vertrag 2001 auf deren Neutralität Rücksicht nehmen oder wie bei Dänemark und dem Maastricht-Vertrag das Problem mit einem Optingout für Sozialpolitik regeln.

Die vorliegende Verfassung war den Franzosen zu neoliberal, den meisten Briten aber ist sie zu dirigistisch. Wird Europa an diesem Dilemma scheitern?

Im Kern ist ein Sachverhalt entscheidend, der weder bei den Briten noch den Franzosen zu einer Kontroverse geführt

hat: Die EU-Entscheidungsprozesse sollen optimiert, bestimmte institutionelle Abläufe vereinfacht sowie der Aussenministerposten und der gewählte Präsident des Europäischen Rates eingeführt werden. Hätte sich die Verfassung auf solche elementaren Dinge konzentriert, hätten wir heute dieses Problem nicht. Doch im vorliegenden Vertrag fanden die Franzosen eine Projektionsfläche für ihre innenpolitischen Frustrationen. Dieser Vorgang beweist, dass ein generelles Führungs- und Überzeugungsdefizit der politischen Eliten in Europa besteht. Sie haben viel Zeit in das Vertragswerk investiert, doch die Bürger sind ihnen in Frankreich nicht ge-

folgt. In weiteren Staaten wird es womöglich nicht anders sein.

Ist die Grundsatzdebatte, die sich jetzt aufdrängt, die grosse Chance, endlich die Fragen vieler Bürger nach der Zukunft und den Grenzen der EU zu beantworten?

Natürlich wird jetzt die Grenzfrage schärfer gestellt, weil der Türkeibeitritt in Frankreich auch eine Rolle gespielt hat. In Deutschland wird dieses Thema im anlaufenden Wahlkampf ebenfalls aufkommen. Doch richtige Antworten auf diese Fragen wird man nicht so einfach aus dem Ärmel schütteln können: Wer soll jetzt definieren, warum die Ukraine oder Serbien nicht dazu gehört? Vielleicht hätte die EU den Erweiterungsprozess behutsamer angehen sollen. Aber wenn wie im Fall Osteuropas die historische Situation sich ergibt, können wir den Polen nicht sagen, sie müssten noch 20 Jahre warten.

Die Erweiterung ist durch das sonntägliche Votum nicht gefährdet?

Nein. Sicher wird alles schwieriger, aber deshalb nicht unmöglich. In der Vergangenheit hatten Frankreich und Deutschland eine Führungsrolle bei der europäischen Integration. Doch beide Staaten sind derzeit vor allem mit ihren eigenen Problemen beschäftigt. Dieser Motor stottert, da beide Hauptakteure innenpolitisch geschwächt sind. Aber irgendwann wird sich das korrigieren. Wenn im Herbst die Opposition in Deutschland die Wahlen gewinnen sollte, hat das Land wieder ein festes Fundament und auch ein europapolitisch klares Konzept. Und in Frankreich dürfte sich auch früher oder später ein Wechsel ergeben. Mit Herrn Sarkozy als Präsident und Frau Merkel als Kanzlerin hätten wir wahrscheinlich wieder so ein Duo, das gut harmoniert.

Das «deutsch-französische Kerneuropa» ist also noch nicht Geschichte?

Nein. Das Duo gönnt sich eine Atempause. Es hat in der europäischen Integration schon genügend Beispiele gegeben, wie grosse Ideen scheiterten, aber im Moment des Scheiterns eine neue grosse Idee entstand, die dann auch realisiert wurde.

* Werner Weidenfeld ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität München und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP)



Nein, nein, nein... Die französischen Tageszeitungen griffen am Montag zu grossen Lettern auf ihren Titelseiten.

Berlin: Weitermachen mit der Ratifizierung

Von Sascha Buchbinder

War es ein Votum gegen den EU-Beitritt der Türkei oder gegen die Globalisierung? Deutschland will den EU-Verfassungsvertrag retten, interpretiert das Nein der Franzosen aber sehr unterschiedlich. Bundeskanzler Gerhard Schröder unterstreicht nach dem Scheitern des Referendums im Nachbarland, die deutsch-französische Partnerschaft gehe damit zu Ende. Er habe mit Jacques Chirac gesprochen, und dieser teile seine Auffassung. «Der Ausgang des Referendums ist ein Rückschlag für den Verfassungsprozess, aber nicht sein Ende», erklärte Schröder.

Angst vor der Globalisierung?

Aussenminister Joschka Fischer (Grüne) meinte, es «wäre keine gute Idee, auf eine Wiederholung der Abstimmung zu setzen». Er betonte aber gleichzeitig, dass der Vertrag gerettet werden müsse. «Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein Faktum», und dieses grössere Gebilde brauche eine Verfassung. Dass in Nachverhandlungen ein besserer Verfassungstext erreicht werden kann, glaubt Fischer nicht. Die Gründe für das «Non» ortete er in der Angst vor der Globalisierung. Frankreichs Linke habe dabei eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Ei-

nen Stopp im deutschen Ratifikationsverfahren lehnte er ab.

CDU-Chefin Angela Merkel interpretierte das Ergebnis als Absage an eine Vollmitgliedschaft der Türkei. Aus dem Votum werde klar, «dass die Menschen Europa, so wie es vorhanden ist, nicht verstehen». Die Bürger seien verunsichert, weil die geografischen Grenzen der EU nicht fest abgesteckt seien. «Deshalb brauchen wir eine ehrliche Diskussion über die Mitgliedschaft der Türkei», forderte Merkel und verlangte zugleich einen Abbau unnötiger Bürokratie. Michael Glos, Chef der CSU-Fraktion im Bundestag, machte gar die rot-grüne Bundesregierung für das Scheitern des Referendums mitverantwortlich. Denn sie habe Präsident Chirac und am Ende die ganze EU dazu getrieben, «schon in diesem Oktober mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufzunehmen».

Grundsätzlich steht die Union laut Merkel weiterhin hinter dem Verfassungsvertrag. Sie hoffe, dass die Ratifizierung in den übrigen Staaten erfolgreich fortgesetzt werde. Es sei aber die Aufgabe der Politik, «wieder ein Europa der Bürger zu schaffen». FDP-Chef Guido Westerwelle erneuerte seine Forderung, dass auch in Deutschland das Volk über die Verfassung abstimmen soll: «Das ist in meinen Augen eine überfällige Entscheidung auch bei uns.»

Warschau: «Vive la France!», jubeln Polens Rechte

Von Gabriele Lesser, Warschau

«Vive la France!», jubeln Polens rechtskonservative Parteien über das Nein der Franzosen zur EU-Verfassung. Nicht nur Roman Giertych, der Vorsitzende der rechtsradikalen Liga der polnischen Familien (LPR), möchte die EU-Verfassung am liebsten in den nächsten Papierkorb werfen. Auch viele andere Politiker rechtspopulistischer und konservativer Parteien plädieren nun dafür, den weiteren Ratifizierungsprozess in Europa zu stoppen. «Man sollte diesen lächerlichen Konvent vergessen, der sich diese Verfassung ausgedacht hat», so Giertych. «Und Personen, die dieses Stück Papier unterschrieben haben, das hoffentlich nie in Kraft tritt, sollten zur Rechenschaft gezogen werden.»

Auch Kazimierz Ujazdowski von der konservativen Recht und Gerechtigkeit (PiS) glaubt, dass jede weitere Abstimmung über die EU-Verfassung nun sinnlos sei, da das Projekt völlig neu überarbeitet werden müsse. «Ich hoffe, dass die europäischen Werte wieder zur Geltung kommen – das christliche Erbe Europas, Gleichberechtigung aller Staaten und Solidarität unter ihnen», erklärte der stellvertretende Parlamentspräsident gegenüber der Zeitung «Gazeta Wyborcza».

Donald Tusk, Vorsitzender der konservativen Bürgerplattform (PO), tritt ebenfalls auf die Bremse: «Ich kann nicht erkennen, was wir durch eine Abstimmung über den Vertrag gewinnen, der unabhängig von unserem Ergebnis nicht in Kraft treten wird», sagte er im Radio. Die PO war schon im letzten Jahr mit der Parole «Nizza oder der Tod» gegen die Verfassung ins Feld gezogen und hatte dem damaligen Ministerpräsidenten Leszek Miller vom Bündnis der demokratischen Linken (SLD) Landesverrat und Ausverkauf polnischer Interessen vorgeworfen.

Drei Abstimmungen im Herbst

Umfragen zufolge können die konservativen Oppositionsparteien PO und PiS damit rechnen, am 25. September die polnischen Parlamentswahlen zu gewinnen. Anders als die Mehrheit der Polen lehnen diese beiden Parteien aber die EU-Verfassung vehement ab. Sollten die Polen also in einem Referendum im Herbst für die EU-Verfassung stimmen, zugleich aber eine EU-skeptische Regierung wählen und möglicherweise auch noch Anfang Oktober einen EU-skeptischen Präsidenten, könnte das nicht nur für Polen ein grosses Problem werden. Dann droht nicht nur dem grössten EU-Neumitglied der Stillstand, sondern auch der EU selbst.

London: Leiser Seufzer der Erleichterung

Von Peter Nonnenmacher, London

Ein leiser Seufzer der Erleichterung war am Montag im Londoner Regierungsviertel Whitehall zu hören: Das französische Nein zur EU-Verfassung erspart der Regierung von Tony Blair nun sehr wahrscheinlich ein eigenes, britisches Referendum, wie es für 2006 vorgesehen war – ein Referendum, dem von Anfang an wenig Chancen auf Erfolg eingeräumt wurden.

Zyniker in London sprachen denn am Montag von einer «Meisterleistung» der Insel-Regierung in Sachen Strategie und Timing. Um nicht in die fatale Lage einer isolierten EU-Nation zu geraten, glauben viele Briten, hätten Premier Blair und Aussenminister Jack Straw seinerzeit mit ihrem überraschenden Referendumsbeschluss Jacques Chirac erst zur Entscheidung für eine eigene französische Volksabstimmung genötigt: Den Franzosen den Vortritt gelassen zu haben bei der Abstimmung, enthebe nun Blairs Regierung der demütigenden Niederlage, die man in London offenbar erwartete. Tony Blair selbst lehnt eine solche Interpretation energisch ab. Ein Referendum in Grossbritannien im Jahr 2006 sei für die Ja-Sager durchaus zu gewinnen oder wäre zu gewinnen gewesen, meint der britische Regierungschef. Und

mit dem «Non» vom Sonntag in Frankreich habe man in London partout nichts zu tun.

Die oppositionellen Konservativen wiederum, welche die EU-Verfassung ablehnen, sehen keine Notwendigkeit für ein solches Nachdenken. Die Verfassung sei «tot», urteilte die Tory-Führung am Montag. Es habe sich «sehr klar gezeigt, dass dieser Vertrag nicht das bietet, was die Menschen in Europa von ihm erwarten».

Blair in Mittlerrolle

Tatsächlich schafft das französische Nein der britischen Regierung erhebliche Probleme. Zum einen übernehmen die Briten am 1. Juli für sechs Monate die Präsidentschaft der Europäischen Union. Die Verfassungskrise wird nun diese Präsidentschaft überschatten und zwingt die Regierung Blair in eine Mittlerrolle hinein, die zu übernehmen ihr nicht leicht fallen dürfte.

Schwierigkeiten bereitet das französische Nein andererseits dem britischen Schatzkanzler Gordon Brown, der erwartet hatte, dass Tony Blair die Verfassungskampagne des nächsten Jahres als die letzte Grosstat seiner Amtszeit betrachten und dann abtreten würde. Nun muss sich Brown, bevor er nachrücken kann, weiter gedulden, um zu sehen, wie die EU diese jüngste Krise bewältigt.